

## Die Fastnacht ist zurück in Frankfurt

Drei Jahre lang haben die Frankfurter Fastnächter wie viele Narren im gesamten Bundesgebiet auf ihren Umzug verzichtet. Am Sonntag nun marschierten und rollten sie erstmals nach Pandemiebeginn wieder durch die Straßen der Stadt; angemeldet waren gut 2800 Teilnehmern und fast 200 Zugnummern. Die Route war gesäumt mit großteils verkleideten Schaulustigen, die auch ihre Freude an der Rückkehr der Fastnacht auf die Straßen hatten. Eine Attraktion der besonderen Art war die gemeinsame Zugteilnahme von Uwe Becker (CDU) und Mike Josef (SPD), die in zwei Wochen im ersten Wahlgang der Oberbürgermeisterwahl um das Amt oder zumindest den Einzug in die Stichwahl wetteifern. Beim Umzug gaben sie sich betont kollegial und harmonisch. Beide hatten offenkundig recht viel Spaß daran, ihre potentiellen Wähler mit „Knolle“ zu versorgen. Der Große Rat der Karnevalsvereine zeigte sich als Veranstalter in einer ersten Reaktion sehr zufrieden mit dem Umzug. Er hoffte vor Beginn, dass sich wie in den Jahren vor Corona deutlich mehr als 300.000 Besucher in der Stadt versammeln würden. Eine Schätzung lag bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor. Der Polizei waren bis zum Ende des Zuges noch keine Zwischenfälle bekannt. Eine abschließende Bewertung werde am Montagvormittag vorgenommen. (Siehe Seite 32.) dme.



Gemeinsame Rundfahrt zweier Oberbürgermeisterkandidaten: Uwe Becker (rechts) und Mike Josef (Mitte) beim Frankfurter Fastnachtsumzug

Foto Saskia Stöhr



## Närrische Chancen

Von Daniel Meuren

Frankfurt ist gewiss nicht der Nabel der Narrenwelt. Das würde selbst in den Kreisen der leidenschaftlichsten Vertreter im Großen Rat oder im Hedderheimer „Klaa Paris“ niemand behaupten wollen. Gerade an einem Tag wie Rosenmontag ist der Respekt vor den Karnevalshochburgen Mainz, Köln und Düsseldorf sehr groß, selbst zu Veitshöchheim in Franken blickt man auf, wenn aus der fränkischen Faschingshochburg Gäste nach Frankfurt finden, wie zuletzt bei einer der Sitzungen der Frankfurter Laternche.

Aber die Nebenrolle bietet auch Chancen, und die Fastnächter versuchen, sie zu nutzen, nach der Corona-Zwangsphase umso mehr. Der Ballast durch Tradition und die Beharrungskräfte der Nostalgiker sind weniger bremsend als in den Hochburgen. Die Frankfurter Fastnacht zeigte sich in der abgelaufenen Kampagne offener für Veränderungen. Das Kampagnenmotto „Frankfurts Fastnacht schrill und fein / und sechsfarbunt noch obendrein“ war ein bewusster Bruch mit der rot-weiß-blau-gelben Tradition, die Erweiterung auf den Regenbogen war ein klares Zeichen für Frieden und Toleranz gegenüber allen Lebensformen und eine Bestärkung des Wahlspruchs „Allen wohl und niemand weh“. Jeder soll sich wohl fühlen in der fünften Jahreszeit.

Das Prinzenpaar, Seine Tollität Larry I. und Ihre Lieblichkeit Nadin I., lebte das Toleranzgebot vor, ohne moralisierend erhobenen Zeigefinger oder politisch korrekte Mahnungen, sie kamen gar ohne Bekenntnis zu ihrer eigenen Lebensform. Sie zelebrierten einfach Vielfalt. Witze über Gendern, Unisex-Toiletten, Cancel Culture oder auch Widerrede gegen das vermeintliche Winnetou-Verbot oder den Umgang mit dem Sommerhit „Layla“ sind deshalb nicht verboten, aber in der Fastnachtsszene ist die Erwartungshaltung gewachsen, dass die Auseinandersetzung mit polarisierenden Themen auf einem gewissen Niveau geführt wird statt mit Altherrenwitz.

Anders als beispielsweise in Mainz, wo der Frauenmangel außerhalb der Tanzgruppen abermals auffiel, führen in Frankfurt auch weibliche Stimmen das Wort: Es gibt zahlreiche Sitzungspräsidentinnen, manche couragierte Quereinsteigerin erobert die Bühne und bietet dort den Männern Paroli. Beim Fastnachtsumzug begrüßten am Sonntag zwei Frauen vom Römerballkon aus die einzelnen Zugnummern, der Höhepunkt des Laternche-Männerechors war die erste Solistin in sieben Jahrzehnten Chorgesang.

Die Frankfurter Fastnacht ist zudem prädestiniert, mutigen Frauen auch die Bühne zu überlassen in männerdominierten Genres wie dem politischen Vortrag: Es fiel dieses Mal der Mangel an kluger Auseinandersetzung mit dem Oberbürgermeisterwahlkampf auf, der keine Rolle spielte in der Kampagne. Auch da könnten Frauen ein Vakuum füllen.

## Auto überschlägt sich: Fahrer tot

NAUHEIM Ein 29 Jahre alter Mann hat sich am Samstag mit seinem Auto auf der A67 mehrmals überschlagen und ist dabei tödlich verletzt worden. Der Wagen war am Samstag gegen 16.20 Uhr zwischen dem Autobahndreieck Rüsselsheim und der Anschlussstelle Groß-Gerau von der Straße abgekommen und schließlich auf dem Dach liegen geblieben, wie die Polizei am Abend mitteilte. Der Mann wollte Zeugenaussagen zufolge einen Lastwagen überholen, lenkte aber wieder zurück, bremste ab und geriet dadurch auf den Grünstreifen. Die A67 in Richtung Darmstadt wurde für eine Stunde gesperrt. Der Schaden liegt bei 15.000 Euro. lhe.



Leser-Empfehlungen auf [faz.net/rmz](http://faz.net/rmz)

**Nebelmacher aus Hattersheim**  
Die Präzisions-Ventil GmbH fertigt Sprühköpfe für Spraydosen.

**Geht doch!**  
Tipps und Tricks gegen die kleinen Widrigkeiten des Alltags.

**Skyline-Liveblog**  
Was in der Nacht und am Morgen in Rhein-Main geschehen ist.

### Schnelle Hilfe

Wenn es darum geht, den Opfern der Erdbebenkatastrophe zu helfen, engagiert sich die türkischstämmige Gemeinschaft ganz besonders.

DIE DREI, SEITE 31

### Leichter reisen mit Rad

Ein Fahrrad in der Bahn mitzunehmen wird einfacher. Ticket und Stellplatz können jetzt per App gebucht werden.

VERBRAUCHER, SEITE 34

### Konsumierbare Dystopie

Klingt recht angenehm für eine Apokalypse: Sören Nils Eichbergs Oper „Oryx and Crake“ wird in Wiesbaden uraufgeführt.

KULTUR, SEITE 38

Leserbriefe auf SEITE 33

## Wetter

Wechselnd bewölkt, zeitweise sonnig, überwiegend trocken. Höchstwerte 12 bis 14 Grad, mäßiger bis starker Wind.

Temperaturen gestern	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	10°	12°
Feldberg im Taunus	4°	5°
Flughafen Frankfurt gestern:		
24-stg. Niederschlag bis 17h	1,3 mm	

## Verkehrswende

Seit man „RMVgo“ nutzen muss, sieht man an den S-Bahnsteigen sehr viele Leute still stehen; während sie zu ergründen versuchen, welche Route ihnen die App mitteilt. emm.

# Urteilsspruch vor Kamera und Mikrofon

RHEIN-MAIN Die Bundesregierung will, dass Strafprozesse künftig in Ton und Bild aufgezeichnet werden. Strafverteidiger finden das gut, Richter warnen vor den Folgen.

Von Anna-Sophia Lang

„Das ist geltendes Recht, und es gibt Schutzvorschriften.“ Jahn vertritt wie Dierlamm die Ansicht, dass sich der Strafprozess endlich dem technischen Fortschritt öffnen müsse. Es könne nicht sein, dass in „kleineren“ Prozessen am Amtsgericht die gesamte Beweisaufnahme dokumentiert werde, es an Landgericht und Oberlandesgericht aber nur ein Protokoll mit den Formalien gebe. Außerdem sei es für alle Beteiligten eine Arbeitserleichterung, wenn die volle Konzentration auf der Vernehmung von Zeugen liegen könne. Mit Misstrauen gegenüber Richtern habe das nichts zu tun. „Man hat mit der Videodokumentation eine einfache, technische, leicht verfügbare Möglichkeit, um sich in das Geschehen besser hineinbegeben zu können, ohne parallel mitschreiben zu müssen.“

Das am Ende ein fehlerhaftes Transkript herauskommen kann – vor allem bei Prozessen mit vielen Angeklagten, Verteidigern, Dolmetschern und dem Strafverfahren immanenten Hin und Her –, spricht nach Ansicht Jahns noch mehr für die Videoaufzeichnung statt allein handschriftliche Notizen. Fehler im Transkript „muss man in Kauf nehmen, aber das kann man nicht der Aufzeichnung die Schuld geben“. Eigenes Mitschreiben sei auch nicht verboten. Ziel sei, im Fall gegensätzlicher Erinnerungen nachprüfen zu können.

Kritisch sieht der Professor, dass der Entwurf die Aufzeichnung nicht klar für die Revisionsinstanz öffne. „Das ist derzeit noch defizitär und ergänzungsbedürftig.“ Im Grunde wolle auch das Bundesjustizministerium eine einfachere Überprüfung von im Prozess festgestellten Tatsachen, meint Jahn. Aus Sorge um Widerstand der Richter halte sich der Entwurf aber zurück und formuliere nur in der Begründung „etwas verschwurbelt“ das Gleiche, was die Wissenschaft klar regeln

andere Vorgaben für das Revisionsverfahren als in Deutschland. Auch im Hinblick auf Zeugenvernehmungen und die Atmosphäre in der Verhandlung halten viele Richter die Pläne für falsch. Dass ein sowieso schon verängstigtes Vergewaltigungsoffer auch noch vor Mikrofonen und Kameras von seinen traumatischen Erlebnissen berichten muss, mache die Sache für alle Beteiligten noch schwieriger. Und was, wenn eine Aufnahme aus der Verhandlung an die Öffentlichkeit gelange? Diese Gefahr sei durch den vorgesehenen Entwurf nicht gebannt, die Folgen für Opfer von Straftaten und für Zeugen, aber auch für Angeklagte könnten fatal sein. Manche befürchten, dass deshalb auch das offene Wort, das in schwierigen Verhandlungen den Durchbruch bringen kann, in Gefahr gerät – und dass auch Zeugen weniger unbefangene sprechen, als sie sonst tun würden.

Wilhelm Wolf, Präsident des Landgerichts Frankfurt, hat Zweifel, dass die Pläne die Wahrheitsfindung vorantreiben. „Wir haben mit den bisherigen Methoden Ergebnisse erzielt, die gut begründet waren und hohe Akzeptanz genießen.“ Die Perspektive der Strafverteidiger könne er verstehen, aber ob sich deren Hoffnungen erfüllen? „Da bin ich skeptisch.“ Wolf geht trotzdem davon aus, dass die Ampelregierung das Vorhaben in die Tat umsetzen wird. Realisierbar sei es grundsätzlich auch. Aber Wolf hat Fragen.

Allein am Landgericht Frankfurt rechnet er mit 15 bis 20 Sälen, die ausgestattet werden müssten. Die im Entwurf genannte Zahl von 600 Gerichtssälen erscheint ihm „eher vorsichtig bemessen“. Hinzu kommt: „Praktisch und faktisch“ bedeuteten die Pläne vor allem „die Produktion unglaublicher Datenmengen“. Diese müssten bearbeitet, verarbeitet und verwaltet werden. Wolf geht davon aus, dass er einen Mitarbeiter braucht, der nur dafür zuständig ist. Mit Blick auf die Anschaffung der Technik, Installation, Wartung und Betrieb sagt er: „Das können wir leisten, aber das wird etwas kosten.“ Mal eben so nebenbei sei das nicht zu machen. Die in dem Entwurf genannten Kosten scheinen ihm „eher an der unteren Grenze“. Hier müsse der Bund sich mit den Ländern einigen. Mit den jetzigen Etats sei es „ausgeschlossen, diese Leistung zu schultern“.

Hessens Justizminister Roman Poseck (CDU) jedenfalls sieht das Vorhaben der Ampelkoalition kritisch. Zunächst einmal bezweifle er den Reformbedarf, sagt er. Der deutsche Strafprozess stehe für hohe Qualität. „Jeder Eingriff in ein bewährtes System bedarf aus meiner Sicht einer besonderen Rechtfertigung.“ Poseck teilt die Befürchtung, dass der Mehraufwand für die Gerichte erheblich wäre und die Aufnahmen missbraucht werden könnten. Umso weniger verständlich sei es, dass sich das Bundesministerium ausgerechnet diesem Vorhaben „mit Hochdruck“ widme. Statt weiterer Zusatzaufgaben brauche die „hoch belastete Justiz“ in den Ländern Unterstützung.